

Noch in dieser Ausgabe:

Wahnsinn mit Methode	S. 3	Miteinander weinen und lachen	S. 8
Die Verbrechen der Großväter	S. 4	60 Jahre NATO sind zuviel	S.10
Neuer Sozialatlas	S. 5	Denkmale: Die Brotfabrik Wittler	S.12
Lernen für die Hartz IV-Karriere	S. 6	Näher bei Gott	S.14
ÖBS: Was bleibt für 2009 und 2010	S. 7	Veranstaltungen und Bürgerangebote	S.16

uff'n wedding

Kiezzeitung vom Linkstreff

Interessengemeinschaft Profiteure, CDU, FDP und SPD

Die Monopoly - Connection

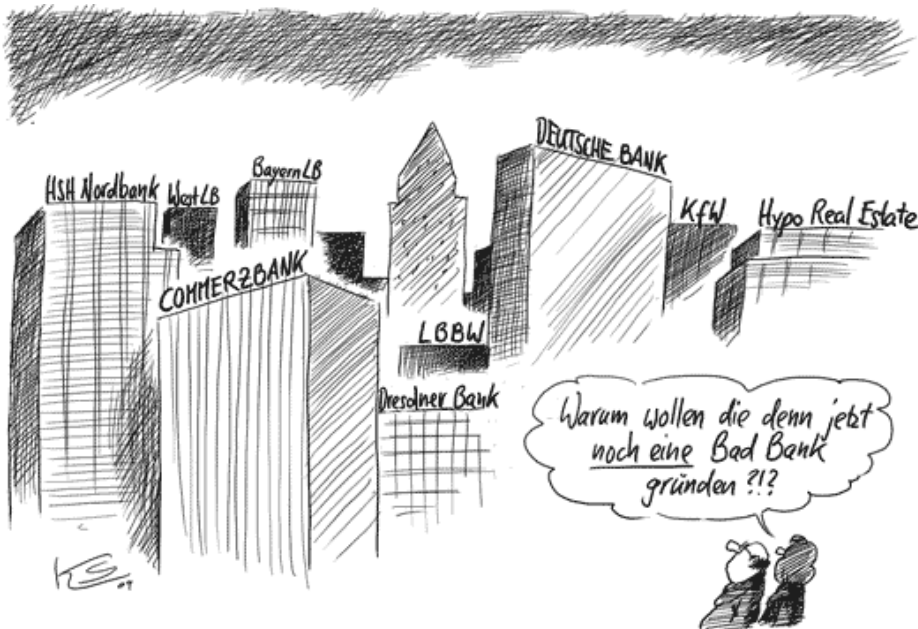
Die meisten Banken müssten inzwischen wohl Insolvenz anmelden, würde man die sonst üblichen strengen Maßstäbe unserer Gesetze anlegen. Dann wären sie nämlich gezwungen, ihre „Schrottpapiere“, deren Gesamtwert auf bis über 1 Billion Euro geschätzt wird, in ihren Bilanzen abzuschreiben. Dabei handelt es sich längst nicht mehr um die berüchtigten amerikanischen Papiere. Es handelt sich weitgehend um europäische Verbriefungen, die derzeit wertlos sind, weil es keinen Markt mehr für sie gibt, oder um Derivate, bei denen es zum Beispiel um Zinsentwicklungen geht und bei denen jetzt schon feststeht, dass sie mit gigantischen Verlusten eingelöst werden müssen.

Werden diese Verluste, so wie es das Bilanzrecht vorschreibt, unmittelbar bei Erkennen des Wertverlustes abgeschrieben, so sind viele Banken überschuldet und müssten in die Insolvenz, so wie es auch jeder kleine Unternehmer muss, den dieses Schicksal ereilt.

In den letzten Jahren wurden mit solchen Papieren ungeheuerer Gewinne erzielt, die den Aktionären und Managern prall gefüllte Taschen beschert ha



ben. Naiv denkende Menschen könnten meinen „ist doch kein Problem, wer die Gewinne eingestrichen hat, der kann ja jetzt auch die Verluste ausgleichen.“ So funktioniert unsere Wirtschaft nur leider nicht. Auf dem Verlust soll die Allgemeinheit sitzen bleiben.



Deshalb fordern die Banken, der Staat möge sogenannte Bad Banks gründen, denen sie dann ihre faulen Papiere unterjubeln können. Im besten Falle werden diese Einrichtungen so geführt, dass die einlegenden Banken ihre Verluste über mehrere Jahre abschreiben können. Aber auch dies ist Bilanzfälschung, die den kleinen Brotfabrikbesitzer seine Freiheit kosten würde. Außerdem müssten natürlich vor der Insolvenz gemachte Schenkungen zurückgezahlt werden.

Leider hat sich hierzu jedoch bisher keine der Parteien geäußert, die von den notleidenden Banken in den letzten Monaten Parteispenden erhalten haben. So überwies die Deutsche Bank laut den gesetzlich vorgeschriebenen Veröffentlichungen durch den Bundestagspräsidenten zwischen Oktober und Dezember 2008 jeweils 200.000 Euro an CDU und FDP sowie 100.000 Euro an die SPD. Das Hamburger Bankhaus Berenberg spendierte der CDU einen Tag vor Weihnachten

100.000 Euro. Die Frankfurter Allfinanzgruppe, die mit diversen deutschen Großbanken kooperiert, überwies Mitte Dezember jeweils 100.000 Euro an die CDU und an die FDP. Die Commerzbank, für die der Steuerzahler inzwischen das 4-fache des Wertes der gesamten

Bank für einen 25%igen Anteil hinblättern musste, statt sie gleich ganz zu verstaatlichen, ließ im letzten Jahr den Regierungsparteien CDU und SPD jeweils 100.000 Euro zukommen. Das Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim spendete im August CDU und FDP jeweils 100.000 Euro.

Renate Kühnast von den Grünen: „Ist das Bankenrettungsgesetz so lasch, weil FDP, CDU und SPD Parteispenden erhalten

haben?“

Handeln hier Regierung und große Teile des Parlaments nicht im Interesse der Bürger, sondern mit Blickrichtung auf die eigene Partekasse? Aus einer Rede eines Landesvorsitzenden auf einem Parteitag: „Die Finanzen sind das Rückgrat der Partei.“

Zumindest trifft es sich ganz gut, dass die Banken ihre Bilanzen fälschen dürfen und die Insolvenz damit verhindern können. So dürfen die Parteien ihre Spenden von „Notleidenden“ behalten.

Werner Schulten
DIE LINKE im Wedding

In den letzten Jahren erhielten die Parteien von deutschen Finanzinstituten folgende Spenden:

- CDU/CSU 7 Millionen Euro**
- FDP 2,5 Millionen Euro**
- SPD 1,7 Millionen Euro**
- Grüne 600 Tausend Euro**
- DIE LINKE 0 Euro**

Buchvorstellung

Wahnsinn mit Methode

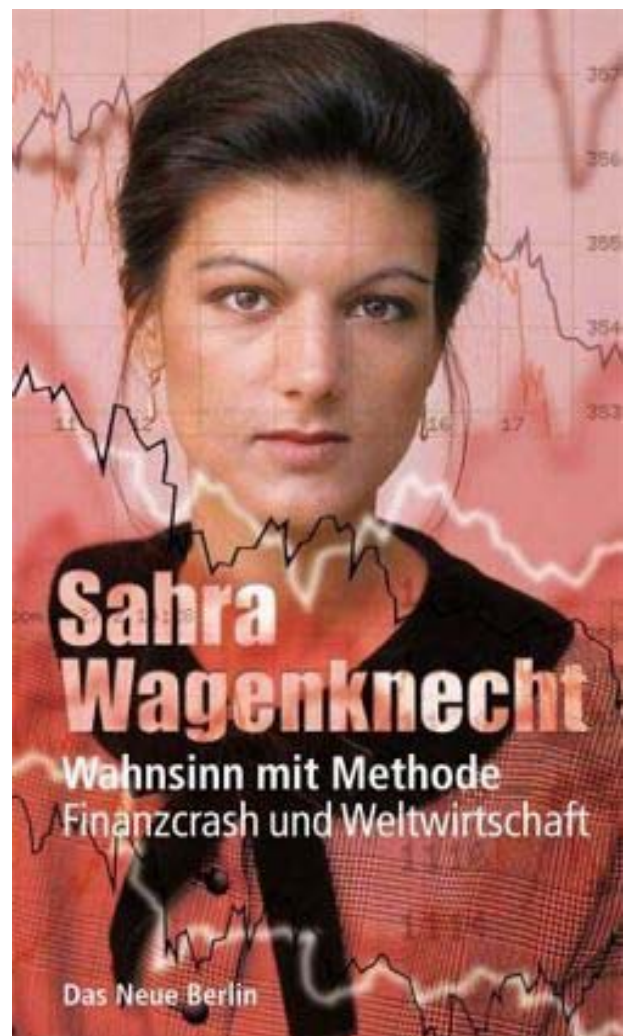
Am 5. Dezember 2008 stellte Sahra Wagenknecht (Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE und Abgeordnete des Europäischen Parlaments) bei der linken Tageszeitung *Junge Welt* vor über 150 Besuchern ihr neues Buch vor: *Wahnsinn mit Methode – Finanzcrash und Weltwirtschaft*, Verlag Das neue Berlin, 14,90 Euro

Ihre Eingangsthese in dem Buch ist, dass es sich nicht nur um eine Finanzkrise, sondern um eine Krise des kapitalistischen Systems selbst handelt. Damit verbunden ist eine tiefe ideologische Krise der neoliberalen Politik, die zwar die Wirtschaftskrise nicht verursacht, aber wesentlich beschleunigt hat.

In ihrem ersten Kapitel, aus dem sie vorlas, erklärt sie, wie es zu dem anwachsen und platzen der Blasen kommt. Im Aufschwung stehen den Banken und Konzernen riesige Geldmengen zur Verfügung, die möglichst mit hoher Rendite angelegt werden. Die Börsenwerte steigen dann um ein vielfaches schneller als die realen Gewinne der Unternehmen. Die Blase wächst. Aber das kann nur eine Zeit lang gut gehen. Irgendwann kommt es zum Platzen der Blase.

Die aktuelle Finanzkrise ist durch einen jahrelangen, auf Kredit finanzierten, Aufschwung ausgelöst. In den USA vergaben die Banken billige Kredite, für die meist Immobilien als Sicherheiten dienten. Als aber die Zinsen stiegen, konnten viele Menschen ihre Raten nicht mehr bezahlen und mussten ihre Häuser verkaufen. Die Immobilienpreise fielen in den Keller und die Blase platzte. Die Leidtragenden in den USA sind die Millionen Menschen, die ihre Häuser und Jobs verlieren. Noch gravierender werden die Auswirkungen in den Entwicklungsländern sein, wenn sie von den Banken keine neuen Kredite bekommen. Zu befürchten ist, dass Hungersnöte und Kriege zunehmen werden. Die Reichen hingegen ha-

ben von dem System profitiert und profitieren weiter. Die Gewinne aus den Renditen betragen ein Vielfaches von dem, was sie jetzt eventuell auf Grund der fallenden Börsenwerte verlieren. Die meisten Konzerne haben angekündigt, auch nächstes Jahr wieder Renditen auszuschütten. Die Diskussion im Publikum drehte sich vor allem um die Fragen: Welche Folgen hat die Krise und was ist die Aufgabe



der Partei DIE LINKE? Sarah Wagenknecht verglich die jetzige Krise mit der Weltwirtschaftskrise 1929: „Die Geschichte wiederholt sich nicht automatisch. Die heutige Krise unterscheidet sich in der Tiefe und des Tempos. Aber es gibt heute im Vergleich zu 1929 mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Die Geschichte wiederholt sich vor allem nicht, wenn wir aus ihr lernen und die Konsequenzen für heute ziehen“ In Deutschland kam es, durch Deflation und dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf über 6 Millionen, zu einer Massenverelendung und dem daraus folgendem Aufstieg der Nazis.

Die meisten Redner stimmten ihren Schluss-

folgerungen für DIE LINKE zu: Wir müssen Forderungen nach sofortigen Maßnahmen, wie für einen Mindestlohn, verbinden mit der Forderung der Verstaatlichung aller Banken und der gesellschaftlichen, demokratischen Kontrolle von Unternehmen der Daseinsvorsorge.

Angesichts der durch die Krise kleiner werdenden finanziellen Spielräume muss DIE LINKE sehr genau prüfen, unter welchen Bedingungen und mit wem sie sich an Regierungen beteiligt.

Aufgabe der LINKEN ist es nicht, die Krise des Kapitalismus zu verwalten, sondern Perspektiven zu seiner Überwindung aufzuzeigen.

Mischa Olbrisch
DIE LINKE im Wedding

Kommentar

Deutschlands historische Verantwortung

Die Verbrechen der Großväter

Israel wirft Bomben auf Gaza und Deutschland streitet über den Antisemitismus. Sicher bei manchen Demonstrationen gegen die israelische Kriegsführung waren auch antisemitistische Sprüche zu hören. Aber sind deshalb deutsche Linke, die gegen diesen Krieg protestieren, automatisch Antisemiten?

„Die Solidarität mit dem Staat Israel gehört zur deutschen Staatsräson,“ sagte Gregor Gysi. Richtig, der nahe Osten hat mit der deutschen Geschichte zu tun. Ohne die Verbrechen der Großväter wäre nie so viele Juden nach Palästina geflohen. Richtig ist aber auch, dass wir dadurch an der Vertreibung der Palästinenser mitschuldig geworden sind. Denn ohne die Verbrechen der Großväter hätte die UNO 1948 nicht halb Palästina den Israelis zugesprochen. Der ständige Krieg dort hätte ohne die deutschen Verbrechen nie stattgefunden. Deshalb stehen wir in historischer Schuld für diesen Konflikt – bei Israelis wie Palästinensern.

In der LINKEN wissen sicherlich auch die Palästinenserfreunde, was sie an dem charmannten Plauderer Gregor Gysi haben. Aber beide Seiten müssen sich sagen lassen, dass es nicht die Sache deutscher historischer Verantwortung sein kann, in Nibelungentreue zu einer der beiden Seiten zu stehen. Deutschland muss den Ausgleich suchen. Das schließt Kritik ein, wenn eine Seite die militärische Lösung sucht. Das wäre ein dickes Brett, an dem man jahre-, vielleicht jahrzehntelang zu bohren hätte. Die Staatsräson macht es sich da – im Moment jedenfalls – einfacher.

Thomas Kilian
DIE LINKE im Wedding

Neuer Sozialatlas

Soziale Probleme im Wedding nehmen überhand

Die beiden Berliner „Großräume sozialer Probleme“, nämlich Wedding/Moabit und Nordneukölln/Kreuzberg haben sich innerhalb des Jahres 2008 zu sozialen Brennpunkten mit noch schlimmeren Auswirkungen entwickelt. Ende Januar hat Prof. Hartmut Häussermann, Autor des Monitoring Soziale Stadtentwicklung (bekannt als Berliner „Sozialatlas“) im BVV-Ausschuss Soziale Stadt erste Ergebnisse der noch nicht veröffentlichten Studie bekanntgegeben.

Erst im Jahre 2007 hatte der Großraum Wedding/Moabit seinen „Konkurrenten“ Nordneukölln/Kreuzberg an sozialer Brisanz überholt. Und nun also haben beide Großräume innerhalb 2008 noch zugelegt. Die sozialen Verschlechterungen werden unter anderem an der Zunahme des Anteils der Empfänger von Existenzsicherungsleistungen gemessen. Dieser Anteil wird sich mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahre 2009 mit Sicherheit noch weiter erhöhen.

Im Wedding verschärfen sich die Auswirkungen der Krise auf der Grundlage der relativ niedrigen Einkommen der Wohnbevölkerung besonders stark. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit und den verschiedenen Kürzungsrunden bei den Sozialtransfers wird der soziale Abstieg der Wohnbevölkerung eingeleitet, die Anteile der Sozialhilfebezieher nehmen weiter zu, die Kaufkraft im Viertel sinkt, ein „Armutsviertel“ entsteht.

Selbst in den sozial noch gemischten Quartieren des Bezirks werden Arbeitslosigkeit und Armut zunehmend u.a. durch die üblichen Umsatzbewegungen sichtbar: Für weggezogene Haushalte mit Einkommen ziehen meist Haushalte ohne Einkommen nach, die Anteile von Immigranten werden höher, Konflikte in der Schule entstehen, aufgrund der sinkenden Kaufkraft verändert sich auch das Angebot von Läden und Dienstleistungsbetrieben usw. Durch die selektiven Ab- und Zuwanderungen entsteht eine immer stärkere soziale Spaltung.

Beim Monitoring wurden besonders die Bildungs- und Sprachstandsindikatoren ge-

wichtet (u.a.: Anteil nichtdeutscher Herkunftssprache, Lernmittelbefreiung der Schulkinder, Bildungsempfehlung der Schulen, Förderbedarf). Häufungen bei solchen Indikatoren finden sich im Wedding neben den schon bestehenden Quartiermanagement-Gebieten besonders in den Planungszellen „Westliche Müllerstr.“ und „Schillerpark“.

Hartmut Häussermann hat in der Sitzung des BVV-Ausschusses empfohlen, nicht nur einzelne Quartiermanagement- und Stadtteilmanagement-Gebiete durch Projektangebote und Aktivierungsstrategien zu fördern, sondern die jeweiligen Großräume sozialer Probleme als Vorranggebiete in ihrer Gesamtheit zu fördern. Allerdings - ließe sich hinzufügen - würde das auch andere Summen erfordern, wenn mehr als Gießkanneneffekte erwartet werden.

Rainer Scholz

DIE LINKE im Wedding

Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro) Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen. LinksTreff Wedding e.V.

Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

Kto. 660 308 77 13

Die Situation an Weddings Schulen ist katastrophal

Lernen für die Hartz IV-Karriere

Warum der Brandbrief der Weddinger und Moabiter Schulleiter berechtigt ist

Die Rütli-Schule in Neukölln hat es vorgemacht. Jetzt haben es die Schulleiter in Wedding und Moabit nachgemacht – und zwar alle zusammen. Sie haben in einem Brandbrief an Bildungs-senator Jürgen Zöllner auf die unhaltbare Situation in den Schulen in Deutschlands größtem Armutsgebiet hingewiesen. Sicher, da ist Taktik im Spiel. Nicht zufällig schreiben sie den Brief jetzt, wo wegen der Konjunkturkrise der Rubel lockerer sitzt und ohnehin über die Sanierung von Schu-len diskutiert wird.

Gleichwohl sind die Weddinger Schulleiter nicht darauf aus, Krisengewinnler zu sein. Seit Jahren traktieren Schulleiter aus Wedding und Moabit jeden Politiker, dessen sie habhaft werden können damit, dass die Situation un-haltbar sei. Damit, dass in Berlin nicht mehr von Chancengleichheit zwischen den Schü- lern aus verschiedenen Stadtteilen die Rede sein kann. Damit, dass die Jugendlichen hier den Eindruck gewinnen müssen, für eine Hartz IV-Karriere zu lernen.

Deshalb haben sie nicht nur die Sanierung der Gebäude verlangt sondern auch einen Personalschlüssel, mit dem sie etwas gegen die Benachteiligung der Kinder tun können, die oft mit einem Entwicklungsrückstand von zwei Jahren eingeschult werden.

Immer hieß es: Kein Geld. Als die Schulleite- rin der Wilhelm-Hauff-Grundschule im Sol- diner Kiez, Marichen Aden, deshalb schon vor vier Jahren eine Umverteilung der Ressourcen zwischen den Bezirken forderte, erwiderte Senator Ehrhart Körting nur kalt: Er werde nicht veranlassen, dass in Zehlendorf 35 Kin- der in einer Klasse säßen, nur um den Weddinger Kindern eine Chance zu geben.

Wenn es unbequem wird, ist vielen Politi- kern die Chancengleichheit nicht mehr wich- tig, auch wenn sie der Kern des Sozialstaates ist.

Thomas Kilian

Erhebung des Personals der Ber- liner Jugendämter (ohne nachge- ordnete Einrichtungen) zum 1.1.2007 (Auszug)

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Stellen

Am Stichtag 1.1.2007 gab es in Berlin ins- gesamt 29 13,23 Stellen in den bezirklichen Jugendämtern (ohne nachgeordnete Ein- richtungen). Das sind 341,75 Stellen (10,5 %) weniger als 2005.

für den Leitungsbereich eine Zunahme um 78,1 Stellen (das entspricht einem Zuwachs um 36,4 %),

im Bereich Jugendförderung ein Rückgang um 89,16 Stellen (- 43,9 %),

im Bereich Tagesbetreuung um 165,93 (- 40,7 %)

und in den ehemals als Fachbereich 4 zusammengefassten Arbeitsgebieten einen Rückgang um 198,96 Stellen.

2. Tätiges Personal

Zum Stichtag 1.1.2007 arbeiteten 3075 Fachkräfte in den Berliner Jugendämtern; das sind 321 weniger als im Jahr 2005 (- 621 gegenüber 2003).

WS

ÖBS: 6000 von 8000 Stellen besetzt

Was bleibt für die Jahre 2009 und 2010

Mit dem Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) fing es 2008 ganz langsam an. Im Juni war kaum eine Stelle vergeben. Dann explodierte die Aktivität von von Verwaltung, Jobcenter und Trägern. Bis heute sind über 6000 ÖBS-Stellen besetzt. Nun freilich fragt sich, wie es weitergehen soll, wo doch bis einschließlich 2010 nur insgesamt 8000 der sozialversicherungspflichtigen Stellen mit einem Mindestlohn von 1300 Euro brutto vorgesehen sind.

Für 2009 hat das Land Berlin schon mal auf die Bremse getreten. Entgegen der ursprünglichen Planung sollen in Berlin nur 1400 ÖBS-Stellen in diesem Jahr besetzt werden, davon 120 im Bezirk Mitte, das sich mit rund 600 Stellen im letzten Jahr einen guten Anteil gesichert hat. Von diesen 120 sind gut die Hälfte schon weg.

Deshalb haben Bürgermeister Christian Hanke und einige soziale Einrichtungen bei Sozialsenatorin Heidi Knaake-Werner einen Nachschlag verlangt. Die Nachfrage zeige den Bedarf, heißt es. Außerdem seien MAE-Kräfte, die sogenannten Ein-Euro-Jobber, und ABM- und RBM-Kräfte wegen der kurzen Laufzeit ihrer Beschäftigung (1/4 bis maximal 1 Jahr) für viele Arbeiten nicht wirklich zu gebrauchen. Gleichzeitig qualifizierten diese Maßnahmen sie nicht für den Arbeitsmarkt, sondern entließen sie in die Dequalifikation oder in ihre alten Beschäftigungsfelder, die wegen des Strukturwandels häufig versperrt seien. Für eine Umorientierung biete die zwei- bis dreijährige Arbeitszeit beim ÖBS wesentlich bessere Chancen, weiß man auch in der LINKS-Fraktion im Abgeordnetenhaus und im

Umfeld der Sozialsenatorin. Dort wird denn auch schon überlegt, den ÖBS aufzustocken, um auch für 2009 nennenswert Stellen zur Verfügung zu haben.

Alles deutet also darauf hin, dass Knaake-Werner wohl gern ein paar ÖBS-Stellen rausrücken würde. Aber da sind noch die Bundesanstalt für Arbeit, die $\frac{3}{4}$ der Kosten über ein Bundesprogramm finanziert, und Thilo Sarazin vor, die das Geld dafür in ihre Etats einplanen müssten. Besonders die von der Bundesregierung abhängige Bundesanstalt ist alles andere als begeistert von dem Berliner Projekt. Sie will die Maßnahmeempfänger generell schlechter bezahlen. Hoffentlich bleibt DIE LINKE im Interesse der Arbeitslosen und der sozialen Projekte stark.

Thomas Kilian

Anzeige

Ihr freundlicher Lieferservice
Partyservice, Hauslieferung, Gastronomieservice

GETRÄNKE
NORD



Telefon **030 - 461 27 49**

www.getraenke-nord-berlin.de

Neue Hochstraße 30 • 13347 Berlin

*Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 9.00 bis 20.00 Uhr
Sonnabend von 9.00 bis 18.00 Uhr*

Eine bewundernswerte Einrichtung im Norden Berlins

Miteinander weinen und lachen

Sich mit dem Sterben zu beschäftigen, ist sicher für Niemanden leicht. Wenn es um Kinder und Jugendliche geht, fällt es uns allen ganz besonders schwer. Umso höher ist das Engagement einer Stiftung zu bewerten, das zum Ziel hat, unheilbar kranken Kindern den letzten Abschnitt ihres kurzen Lebens so menschlich und angenehm wie möglich zu gestalten, und diese Zeit mit ihren Familien in liebevoller Atmosphäre verbringen zu können.

Die Björn Schulz STIFTUNG ist nach einem Jungen, der mit sieben Jahren an Leukämie verstorben ist, benannt. Sie steht Familien mit einem schwerst- oder unheilbar kranken Kind, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen zur Seite, ermöglicht eine Nachsorge für krebskranke Kinder im Rosemarie-Fuchs-Haus an der Nordsee, bildet ehrenamtliche Familienbegleiter aus und eröffnete im Dezember 2002 das erste Kinderhospiz - den SONNENHOF - in Berlin-Brandenburg. Die Arbeit der Björn Schulz STIFTUNG, die Träger des DZI-Spendensiegels ist, wird über Spenden finanziert.

Es ist der erste Kinderhospizdienst in Deutschland; in den vergangenen zwölf Jahren wurde diese Arbeit auch mit verschiedenen Auszeichnungen regional und bundesweit geehrt.

Mehr als 200 ehrenamtliche Familienbegleiter sind inzwischen von der Stiftung aus- und in Vertiefungskursen weitergebildet worden. Erfahrene Fachleute betreuen sie auch während ihrer Arbeit. Diese engagierten Menschen stammen aus ganz verschiedenen Berufs- und Altersgruppen, Frauen und auch Männer. „Man bekommt mehr zurück, als man gibt“, resümiert eine 41jährige Familienbegleiterin und Mutter von zwei gesunden Kindern.

KINDERHOSPIZ SONNENHOF

Am 17. Dezember 2002 wurde das Kinderhospiz als eines der ersten seiner Art in Deutschland eröffnet. Das Haus, in der ruhigen und grünen Umgebung von Berlin-Pankow gelegen, bietet insgesamt zwölf unheilbar kranken Kindern, Jugendlichen und ihren Familien die Möglichkeit, einen großen Teil ihrer letzten Lebenszeit genießen zu können. „Rooming in“ ist in jedem der lichtdurchflute-



ten und liebevoll eingerichteten Zimmer möglich; die drei Elternappartements werden auch von den Angehörigen gern genutzt. Ein Bewegungsbad, ein Snoezelen-Zimmer - ein Raum, in dem alle Sinne angeregt werden - ein großer Wintergarten, eine Sonnenterrasse

se und der Streichelzoo im parkähnlichen Garten tragen dazu bei, den Aufenthalt der Betroffenen im SONNENHOF so angenehm wie möglich zu gestalten.

Die Björn Schulz STIFTUNG hat den SONNENHOF mit großem Kraftaufwand und unendlich viel Engagement ausschließlich mit Hilfe von Spenden aufgebaut. Der heutige Aufenthalt eines unheilbar kranken Kindes, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen wird nur zu 40 Prozent von den Kassen finanziert, der Rest muss durch Spenden erbracht werden.

Die Mutter eines 19jährigen schwerkranken Jungen sagte kürzlich: „Hier komme ich das erste Mal nicht in eine Institution, sondern wie zu guten Freunden.“

Die Eltern des kleinen August beschreiben den Sonnenhof so: „Als es unserem Sohn immer schlechter ging, zogen wir gemeinsam in das Kinderhospiz ein und begleiteten ihn bis ans Ende seines kurzen Lebens. Verstehen ohne Worte, miteinander weinen und lachen. Die Atmosphäre ist häuslich und ruhig. Die Tage des Abschiednehmens waren getragen von der Hilfe und Sicherheit der Menschen um uns. Wir hätten das nie allein geschafft.“

René Hollmichel, Mitglied der Linksjugendgruppe „Roter Wedding“ startete zu Weihnachten eine Spielzeugsammelaktion im LinksTreff für den SONNENHOF, die zurzeit noch läuft. Viele Eltern und Kinder aus dem Wedding brachten bisher schon viele ihrer Spielzeuge (auch kleinere Geldspenden), um sie den Kindern des Sonnenhofs zur Verfü-



gung zu stellen. Der LinksTreff ist montags bis freitags von 16 bis 19 Uhr geöffnet.

Frauke Frodl, die Pressesprecherin der Björn-Schulz-Stiftung bedankte sich bei René mit folgenden Worten: „Lieber Herr Hollmichel, wir bedanken uns von ganzem Herzen für Ihr Engagement zugunsten unserer Arbeit für Familien mit einem schwer- und unheilbar kranken Kind, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Wir freuen uns sehr, dass Sie das Kinderhospiz Sonnenhof unterstützen.“

DIE LINKE im Wedding ist der Meinung, dass diese Einrichtung jede Unterstützung verdient, die sie bekommen kann. Und wir sind stolz darauf, dass sich ein Mitglied unserer Linksjugendgruppe „Roter Wedding“ so engagiert für diese Menschen einsetzt.

Werner Schulten

Spendenkonten der Björn-Schulz-Stiftung:

**Berliner Sparkasse Kto-Nr.: 780 008 006
BLZ 100 500 00**

**Berliner Volksbank Kto-Nr.: 5329 151 001
BLZ 100 900 00**

Seit 2001 befinden sich alle NATO-Staaten im Krieg

60 Jahre NATO sind zuviel

Am 3. und 4. April will die NATO in Strasbourg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Auf der Tagesordnung stehen eine Erneuerung ihrer Strategie sowie die Festigung ihres Selbstverständnis als globale Ordnungsmacht.

Die NATO war nie ein reines Verteidigungsbündnis, wie die NATO selbst gern glauben machen will. Gegründet 1949 hatte sie sich von Anfang an eine offensive Rolle mit Atomwaffen gesichert. Ihr Militärkonzept sah einen atomaren Erstschlag und eine „Vorwärtsverteidigung“ mit konventionellen Waffen vor. Nie war sie ein Bündnis von demokratischen Staaten. Zur Widerlegung dieser Legende sei nur an die faschistische Salazardiktatur des NATO-Gründungsmitglieds Portugal, die Obristenherrschaft in Griechenland oder die Militärputsche in der Türkei erinnert. Die Ermordung und Folter tausender Oppositioneller waren für die NATO kein Problem, solange die Mitgliedschaft nicht in Frage gestellt wurde.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs hat sich die Strategie der NATO einem grundlegenden

Wandel unterzogen. Ohne Mandatierung des UN-Sicherheitsrat griff die Allianz 1999 Jugoslawien an. Im Anschluss an den Angriffskrieg auf dem Balkan wurde dies auch in eine neue NATO-Strategie übersetzt. Parallel zur Ausrichtung der NATO auf globale Kriegseinsätze begann die Erweiterung der NATO gen Osten. Zwischenzeitlich gehören 20 Staaten der NATO-Partnerschaft für den Frieden an.

Der erste Bodenkrieg, an dem sich die NATO beteiligte, war seit 2001 Afghanistan. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center hatten die NATO-Mitgliedstaaten Artikel 5 des Bündnisvertrags aktiviert. Sie werteten den Terroranschlag als bewaffneten Angriff auf das Bündnisgebiet. Der Bündnisfall gilt bis heute. Seitdem befinden sich alle NATO-Staaten im Krieg.

Zwischenzeitlich wurde das NATO-Einsatzgebiet auf ganz Afghanistan ausgedehnt. Die Truppenstärke stieg von Jahr zu Jahr. Über 55000 ISAF-Truppen sind mittlerweile am Hindukusch, alleine aus Deutschland 3400 Soldaten. Zivile Opfer des NATO-Krieges sind an der Tagesordnung.

Zurzeit baut die NATO eine Schnelle Eingreiftruppe mit 25000 Soldaten auf. Bei ihrem ersten Manöver wurde die Landung und Er-

- Anzeige -

Nein zum Krieg -
Ja zum gerechten Handel

Schöner Schmuck, Schnitzereien, Buddhas, Cubita-Kaffee und viele weitere Geschenke aus fairem Handel.

Durch bewußtes kaufen können Sie den fairen Welthandel unterstützen.

www.eine-welt-import.de

Fordern Sie unseren Prospekt an:
Eine-Welt-Import GmbH, Eiswenderstr. 18,
13585 Berlin
e-mail: info@eine-welt-import.de

- im Wedding liefern wir versandkostenfrei -



United Globes



Buddhas



Cubita-Kaffee

oberung eines ölreichen Staates in Westafrika geprobt. Die militärische Sicherung der Energieversorgung stand dabei ganz unverblümt auf der Zielagenda der Übung.

Auf dem Jubiläumsgipfel der NATO wird sich die NATO als globales Kriegs- und Ordnungsbündnis zur Durchsetzung imperialer Interessen bestätigen. Eine aggressive militärische Geopolitik soll die Verbündeten diesseits und

jenseits des Atlantik erneut zusammenschweißen.

60 Jahre NATO sind 60 Jahre zu viel. Jedes weitere Jahr ist ein Jahr mehr für Aufrüstung und imperiale Aggression. Die NATO ist eine Bedrohung des Weltfriedens. Zu ihrer Auflösung gibt es keine friedenspolitische Alternative.

Martin Hantke

Beirat Informationsstelle Militarisierung

Bundesweite Demos am 28. März 2009 in Berlin und Frankfurt/M

Wir zahlen nicht für Eure Krise

Demo in Berlin Motto: Eine Welt zu gewinnen - jenseits von Krise und Kapitalismus

Die kapitalistische Krise kommt 2009 im Alltag vieler Menschen an: Kurzarbeit, Entlassungen und Prekarisierung werden im Zuge dessen zunehmen. Während die Bevölkerung auf Verzicht eingeschworen wird, sollen die Gewinne von Banken und Unternehmen staatlich garantiert werden.

So wie es ist, bleibt es nicht.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen über ihr Leben selbst und gemeinsam bestimmen können. Dafür bedarf es einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft und aller Lebensbereiche.

Die Demonstration wird u.A. unterstützt von:

Aktionsbündnis Sozialproteste, Antifaschistische Linke, Attac, Berliner Alternative Solidarität und Gegenwehr, DIE LINKE., DIE LINKE.SDS, Erwerbslosen initiativen, Internationale Sozialistische Linke, Linksjugend [solid], Menschenrechtsinitiativen, Regionale Gewerkschaftsgruppen

Termin: 28.März 2009

**Beginn: 12 Uhr, Rotes Rathaus (Karl-Liebknecht-Str./Spandauer Str.) DB/S/U-Bhf. Alexanderplatz
Abschlusskundgebung: 16 Uhr**

Herbert Butter
Rechtsanwalt

Ausländer Recht
VersicherungsR
allgem. ZivilR
FamilienR
SozialR

Badstraße 30
13357 Berlin-Wedding
Tel.: 030/493 60 55
Fax: 030/ 493 83 83
www.ra-butter.de

Anzeige

Die Brotfabrik Wittler

In der Maxstraße 2-4 unterbricht ein vierstöckiges Verwaltungsgebäude mit beiderseits anschließenden dreistöckigen Flügeln die Reihe der Mietshäuser. Wesentliche Elemente der eleganten Fassade sind rote Ziegel für die Gliederung, schwarzviolette zu deren Akzentuierung und weiße Putzflächen. Von der gegenüber einmündenden Antonstraße aus sieht man einen Giebel und einen Schornstein hinter der Fassade aufragen. Sie gehören zu einer sich rückwärts anschließenden ehemaligen Brotfabrik, die bei ihrer Fertigstellung 1930 die größte Europas war.

Gegründet 1898 an der Müllerstraße war die Brotfabrik der Brüder Heinrich und August Wittler nach schneller Expansion 1908 auf das Gelände an der Maxstraße verlagert wor-

wurde Wittler zum Brotlieferanten für die Reichsmarine und konnte noch 1917 mit dem Bau einer weiteren Fabrikanlage beginnen. Sie entstand bereits nach Plänen Kurt Berndts, der u. a. am Bau der Hackeschen Höfe beteiligt war. Nach Krieg und Inflation beauftragte Wittler ihn auch mit den Plänen für das genannte Fabrik- und Verwaltungsgebäude. Baubeginn war 1927. In der neuen „Mammutofenfabrik“ erfolgte die Brotproduktion nach dem Fallprinzip: Vom Mehlboden im sechsten Stock bis zur Packerei im Erdgeschoss erstreckte sich ein durchrationalisierter Fließbandprozess, der sich im folgenden halben Jahrhundert nicht wesentlich ändern sollte. Die Gesamtanlage mit ihren damals mehr als 700 Mitarbeitern ermöglichte eine Tagesproduktion von 200 000 Broten, die mit dem eigenen Fuhrpark und teils an eigene Verkaufsstellen ausgeliefert wurden.

August Wittler nutzte die Inbetriebnahme im Oktober 1930 zu einer groß angelegten PR-Aktion mit zahlreichen Vertretern von Politik, Behörden, Verbänden und Presse. Resultat war ein superlativisches Presseecho. „Berlin hat jetzt den größten und modernsten Brotbetrieb der Welt“, titelte die Berliner Illustrierte Nacht Ausgabe.

Im Zeichen der Wirtschaftskrise und trotz der relativen Krisenfestigkeit der Lebensmittelbranche setzte Wittler in den folgenden Jahren Lohnkürzungen durch. Der Betriebsrat wies die für diese Jahre typische Frontstellung zwi-



© Rolf Engelbart 2009

Das Wittler-Haus, Maxstraße 2-4, Mittelteil der Fassade mit Giebel der Fabrik

den. Bereits die Frühzeit des Unternehmens war von Arbeitskämpfen begleitet. Überliefert ist der Ausspruch des bald alleinigen Firmeninhabers August Wittler: „Wem es nicht passt, der geht.“ Als es 1910 dennoch zum Abschluss eines seinerzeit vorbildlichen Tarifvertrages kam, tat dies dem weiteren Aufstieg der Firma keinen Abbruch. Während des 1. Weltkrieges

schen der nachgiebig-kooperativen Mehrheitsfraktion aus Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaftlern und dem oppositionellen kommunistischen Lager auf. Die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition gab eine eigene Betriebszeitung heraus, den „Wittler-Prolet“, in der die Brotfabrik als „Wittlers Knochenmühle“ bezeichnet wird.



1933 war es mit den Gewerkschaften bekanntlich vorbei, ganz im Sinne August Wittlers, der im selben Jahr Mitglied der NSDAP wurde, sich 1936 die publicityträchtige Belieferung der Olympioniken mit Brot sichern konnte und vom 2. Weltkrieg erneut als Militärlieferant und „Wehrwirtschaftsführer“ profitierte. Der dadurch bedingte Produktionszuwachs wurde durch zeitweise mehr als 600 ausländische Zwangsarbeiter gewährleistet.

Nach Kriegsende wurde die Fabrik beschlagnahmt und zur zentralen Brotversorgung des Bezirks Wedding bestimmt. August Winkler starb 1946 in der Internierung im ehemaligen KZ Sachsenhausen. Seine „Rehabilitierung“ im Jahre 1949 hatte die Rückübertragung der Fabrik an die Familie Wittler zur Folge. Nach einer mehrjährigen Krise, die durch die geringeren Brotpreise im Ostteil Berlins bedingt war, konnte sich der Betrieb seit 1953 auf niedrigerem Niveau stabilisieren, musste aber

schließlich vor der westdeutschen Konkurrenz kapitulieren und ging 1982 in Konkurs.

Damit begann das für Industrieanlagen typische, schwierige Kapitel der Umnutzung. Die älteren Fabrikanlagen wurden abgerissen und durch Sozialen Wohnungsbau und ein Bürogebäude ersetzt; das 1984 unter Denkmalschutz gestellte Fabrik- und Verwaltungsgebäude war bis zum Bankenskandal Sitz einer Abteilung der Berliner Bank. Nach jahrelangem Leerstand zog 2008 ein Pflegeheim mit über 250 Betten insbesondere für Demenz- und Wachkomapatienten ein. Im Hintergrund der Betreibergesellschaft Goldenherz steht eine internationale Investorengruppe. Der Hauptinvestor ist größter Betreiber ähnlicher Pflegeheime in Israel.

Auffallend in den Gesellschaftsräumen und Fluren sind die zahlreichen ‘nostalgisch’ anmutenden Einrichtungsgegenstände, die einem auf das Krankheitsbild abgestimmten Pflegekonzept entsprechen. Hinter den Leichtbauwänden des Krankentraktes verbirgt sich die guterhaltene Bausubstanz der Fabrikhallen, die hier wie an den Hoffassaden mit weißglasierten Ziegeln verblendet sind. Im Original sichtbar ist u. a. das Haupttreppenhaus im ehemaligen Verwaltungsgebäude. Zur jetzigen Nutzung bleibt kritisch anzufragen, ob der seitlich in einem tiefen Hof angelegte, schmale und nach Norden ausgerichtete Garten wirklich den Bedürfnissen der Patienten genügen kann.

Rolf Engelbart

Wesentliche Informationen zur Betriebsgeschichte sind dem fundierten Beitrag von Andrea Lefèvre entnommen: Die Brotfabrik Wittler, Maxstraße 2-5, in: Geschichtslandschaft Berlin, Band 3: Wedding, Berlin 1990, S. 189-208.

Die Rückkehr klerikalen Urschlamms

Näher bei Gott

Hat eigentlich in den letzten Tagen irgendjemand begeisterte Jugendliche mit verzückten Benedetto-Rufen auf den Lippen durch die Gegend laufen sehen? Die soll es doch mal gegeben haben. Zugegeben, im Wedding war diese Art der juvenilen Papstbegeisterung ohnehin nie anzutreffen, aber ich habe mir sagen lassen, in Köln war in dieser Hinsicht mal schwer was los. Aber selbst dort werden sie sich wahrscheinlich nun wieder stärker auf ihr altes Idol Willy Millowitsch besinnen, der ist schon tot und kann ohnehin nichts mehr falsch machen.

Nun, offiziell macht der Papst natürlich auch nichts falsch, kann er ja auch gar nicht, aber es war schon beeindruckend mit welchem Schwung und welcher Akribie sich „il papa“ in den letzten Tagen in die Nesseln gesetzt hat. Eigentlich hätte man dem guten Mann durchaus vor Amtsantritt empfehlen sollen, sich die Stellenausschreibung für den Pontifex-Job noch mal genauer anzusehen. Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, Benedikt der XVI. hält sich noch immer für den Großinquisitor mit umgedrehten Vorzeichen; jetzt wird nämlich alles und jedem verziehen.

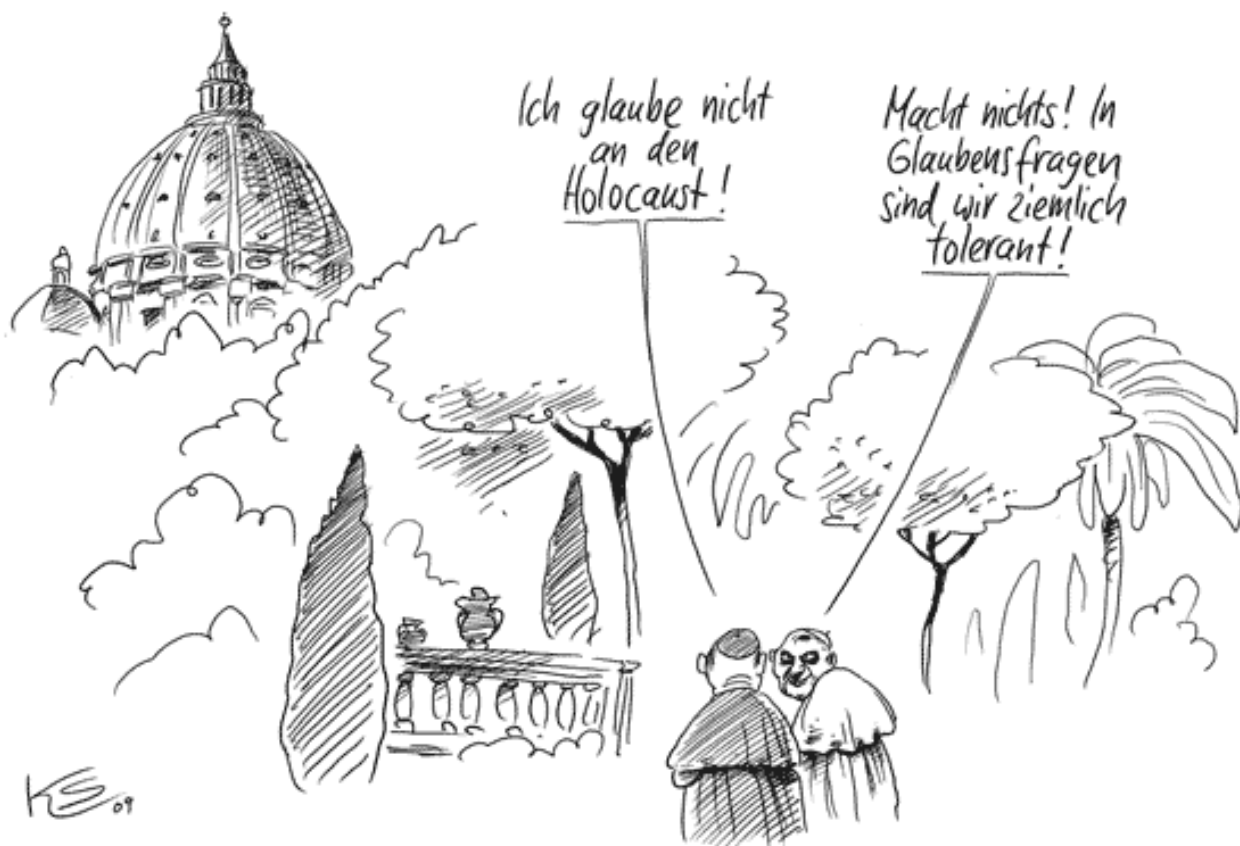
Konsequenterweise könnte man sagen, mit der Wiedereingliederung der Piusbrüder holt er einfach nur ein paar alte Kempfen wieder mit an Bord, die ohnehin immer auf ihrer Jolle seitwärts mitgesegelt sind. Schwulenfeindlich, antihumanistisch und antidemokratisch und nicht zuletzt auch noch antisemitisch: klerikaler Urschlamm sozusagen. Letztendlich ist das allerdings ohnehin das Bild der katholischen Kirche in den Köpfen vieler Menschen. Aber der Papst scheint nun wirklich bemüht, mit voller Kraft voraus ins 17. Jahrhundert zurück zu rudern. Natürlich vor der französischen Revolution mit ihren ketzerischen Ideen von Freiheit und Gleichheit. Die Brüderlichkeit klammern wir hier mal besser aus, denn die haben viele katholische Priester ja durchaus gelebt, wenn auch gerade die

minderjährigen Brüder immer wieder ein bisschen unter diesem Ideal leiden. Wie haben viele Australier es letztes Jahr beim Papstbesuch noch so plastisch ausgedrückt: „The pope touched me down under“. Aber seien wir ehrlich, dafür hat er sich ja entschuldigt. Und im Entschuldigen braucht er zurzeit ohnehin eine Menge Übung. „Haben wir nicht gewusst, war nicht so gemeint, darf man nicht so eng sehen“, so oder ähnlich kann man es ja schon fast wöchentlich aus dem Vatikan hören.

Im Grunde kann er einem ja schon fast leid tun, dieser Papst. Wir wollen ihm mal nicht unterstellen, dass er wirklich scharf gewesen ist auf den Job. Aber wenn man ihn dann schon mal hat, dann muss er auch mit ein bisschen Anstand ausgefüllt werden. Und Benedikt versucht das ausgerechnet auch noch bunter als seine Vorgänger: der hat Papstklamotten entstaubt, die seit über hundert Jahren kein Vorgänger mehr so getragen hat. Warum sollte er da nicht auch ein paar alten Lehren eine „Frischzellenkur“ verpassen, wenn interessiert da denn noch das zweite vatikanische Konzil. So schlecht kann das schon nicht gewesen sein, was man vor anno knuff und mehr Jahren geglaubt hat. Nur dass dummerweise immer wieder diese Geschichte mit den Juden da rein spielt. Die „Gottesmörder“, denen man ja nicht erst von ´33 bis ´45 das Leben zur Hölle gemacht hat. Immerhin, bei

denen hat sich ja schon Paul VI. entschuldigt, das braucht man dann anscheinend nicht noch mal zu wiederholen oder zu bestätigen. Da holt man sich lieber die Piusbrüder wieder mit ins Boot, die das nicht gut finden, und da ist dieser eine Bischof Williamsen eigentlich nur die Spitze des Eisberges. Schließlich hat die SPD ja auch noch ihren Seeheimer Kreis, die CDU hatte lange Jahre die Stahlhelmfraktion um Alfred Dregger und die Linke hat ihre Kommunistische Plattform.

so recht wissen, aber Luther braucht man nicht zu exkommunizieren, das hat bereits schon ein anderer Papst erledigt. Die Protestanten haben vor allen Dingen in Berlin momentan ganz andere Probleme. Die wollen, dass die Kids in Berlin wieder „Reli“ lernen statt Ethik. Was im Augenblick allerdings „in Sachen Religion“ abläuft, so wäre eine komplette Abschaffung des Fachs durchaus ein Fortschritt und vielleicht könnte der amerikanische Präsident ja auch gleich den Vatikan



Über Johannes Paul den Zweiten hieß es in seinen letzten Tagen immer, er sei jetzt schon näher bei Gott als bei den Menschen. Benedikt hingegen macht derzeit den Eindruck, er wolle das am liebsten die nächsten Jahre sein, und die orientierungslosen Schäflein auf ihrem irdischen Abfall sitzen lassen. Da kann auch gerne eine deutsche Kanzlerin mal ein bisschen blöken, die ist eh Protestantin und von Luther weiß man ja, dass der auf die Juden auch nicht gut zu sprechen war. Davon will übrigens die evangelische Kirche auch nicht

übernehmen, da hätten sie dann auch wieder mehr Zulauf. Die Großmutter eines Bekannten hat diesem in seiner Kindheit oft gesagt, der Tag, an dem ein Schwarzer Papst wird, wäre der Beginn des Weltuntergangs.

„Apokalypse now“, auch ohne schwarzen Papst beginnt der Vatikan gerade damit sich ein klerikales Vietnam zu schaffen. Schauen wir mal, wie ´s ausgeht und ob am Ende doch wieder die Guten gewinnen?

Hinark Husen

Bürgerangebote

Linkstreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete/Migration

jeden 1., 2. 3. und 4. Mittwoch 17-19.00 Uhr
durch RAe René Wenker, Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnen-treff
jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe
Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit
dem Bezirksverordneten Kaspar Scholemann
jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation
der LINKEN im Wedding
montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

Impressum

uff'n wedding wird im Eigendruck
herausgegeben vom Linkstreff
Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen
ausschließlich in der Verantwortung
der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. Linkstreff
Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347
Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: uffnwedding@linkstreff.de

web: www.linkstreff.de

Wir freuen uns über Anregungen
und Leserbriefe

Veranstaltungen

Linkstreff

Kult(ur) am Sonntag

Sonntag, 22. Februar 2009 18.00 Uhr

Filmvorführung: Wege aus der Revolution: CHE GUEVARA

Theorie am Montag

Montag, 16. Februar 2009 19.00 Uhr

Gibt es nachhaltiges Wachstum?
Referent: Uwe Witt

Mitgliederversammlung

Donnerstag, 26. Februar 2009 19.00 Uhr

Was ist die zentrale geistig-politische
Botschaft der Linken für eine andere
Gesellschaft?

Referent: Prof. Dieter Klein

Gäste sind wie immer willkommen

DIE LINKE Gesundbrunnen

Donnerstag, 16. Februar 2009 19.00 Uhr

Euler Eck, Eulerstr. 18

DIE LINKE Schillerpark

Freitag, 06. März 2009 19.00 Uhr

Tante Elli, Lüderitzstr. 5

DIE LINKE Brüss.Kiez/Afr.Viertel

Donnerstag, 12. März 2009 19.00 Uhr

Tante Elli, Lüderitzstr. 5

Veranstalter:

NaturFreunde Berlin, OG Adelante

13. März 2009 | 14.00

Musikabend: Forty Eight Crash

Lieder und Texte aus der Revolution 1948

Euler Eck, Eulerstr. 18